NEWSLETTER 04/2017

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

OWUS-Dachverband - „Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“

Plädoyer für soziale Mindeststandards

Die Vergabe öffentlicher Gelder im kulturellen Sektor sollte an die Einhaltung sozialer Mindeststandards gekoppelt werden. Dies war am 26. April das einhellige Plädoyer der Sachverständigen in einem Fachgespräch des Kulturausschusses zur sozialen Lage von Künstlern und Kreativen. So sollten solche sozialen Standards bezüglich Honoraren und Arbeitsbedingungen in allen Bereichen der staatlichen Kulturförderung aus Steuergeldern und Beschäftigungsverhältnissen, die aus Zwangsabgaben wie der Rundfunkabgabe finanziert werden, gelten. Dies sei ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse für freiberufliche Künstler und Kreative. Es wurde dafür plädiert, eine Kommission nach dem Vorbild der Mindestlohnkommission einzusetzen, die solche Mindeststandards aufstellt. Als weiteres Problem identifizierten die Sachverständigen die mangelnde Interessenvertretung von Freischaffenden im Kulturbetrieb. Die vielen unterschiedlichen Verbände seien zersplittert und könnten durch eine nichtexistierende branchenübergreifende Interessenvertretung nicht wirkungsvoll agieren.

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 274 vom 26.04.2017

https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwNDQ2MA==&mod=mod454590

LINKE scheitert mit Mindestlohn-Antrag

Die Fraktion Die Linke ist am 26. April im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit einem Antrag (18/11599) gescheitert, den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro auf 12 Euro pro Stunde anzuheben. Sowohl CDU/CSU, SPD als auch Bündnis

90/Die Grünen kritisierten den Antrag deutlich und lehnten ihn in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Mittwochvormittag schließlich ab.
Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 267 vom 26.04.2017
https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwNDM0NA==&mod=mod454590
Anmerkung der NL-Redaktion: Von flankierenden Maßnahmen für Kleinunternehmer, die umgehend diese 12 Euro für ihre Mitarbeiter zahlen müssten, ist im Antrag nichts enthalten.

Eine Rentenversicherung für alle

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung in einem Antrag (18/12098) auf, ein Gesamtkonzept zur Alterssicherung vorzulegen. Zu einem solchen Konzept müsse unter anderem die Einführung einer Bürgerversicherung gehören, die alle Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung mit einbezieht. In einem ersten Schritt sollen "schon heute" nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige, Minijobber, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die Rentenversicherung aufgenommen werden, so die Grünen.

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 278 vom 27.04.2017
https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwNDUxOA==&mod=mod454590

OWUS-Dachverband – Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“

Unter dem Titel **„Die Umverteiler klären auf!“** wurde ein Konzept für eine gemeinsame Aufklärungskampagne aller Trägerkreisorganisationen, zu den auch der OWUS-Dachverband gehört, beschlossen. Im Rahmen einer gemeinsamen niedrigschwelligen Informations- und Aufklärungskampagne sollen durch regelmäßige Info-Briefe der Träger und Unterstützer überzeugend und anschaulich die Motive und Argumente dargelegt werden, warum die Kampagne mehr Investitionen in das Gemeinwesen und den Sozialstaat fordern, und warum ein steuerpolitischen Kurswechsel notwendig ist.

https://www.reichtum-umverteilen.de

In der ersten Ausgabe vom 27. April stellt ver.di die gemeinsamen steuerpolitischen Eckpunkte des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 2017 vor. Sie stehen unter dem Motto „Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren“ (Lesen Sie hier) .

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

Beratung des Vorstands

Am 27. April traf sich der Vorstand des Landesverbandes in Berlin, um u.a. über die Auswertung der Jahresmitgliederversammlung im März zu beraten und erste Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen:

- Mit Gewerbetreibenden und Selbständigen in den Landkreisen Brandenburgs soll stärker als bisher das Gespräch gesucht werden, um deren Probleme aufzunehmen und eigene Aktivitäten vorzustellen. Erste vorbereitende Gespräche gibt es bereits für Potsdam-Mittelmark und Uckermark.
- Erarbeitung konkreter Vorschläge für die mögliche Gestaltung von Mindesthonoraren für Lehrbeauftragte;
- Konkrete Ausgestaltung einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft und alternativer Wirtschaftsformen, u.a. auch der Wohnungsgemeinnützigkeit;
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der für März 2018 gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung geplanten Konferenz sowie langfristige Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung von OWUS im Oktober 2019.

Zu den weiteren laufenden Schwerpunkten gehören die Umsetzung des Beschlusses zur Sozialcharta, die Unterstützung des neu gegründeten Landesverbandes MV, die Durchführung der Unternehmerstammtische Berlin und Potsdam sowie des gemeinsamen Unternehmerfrühstücks mit Petra Pau (MdB) und dem Bezirksverband DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf. In einer gesonderten Beratung wird sich der Vorstand noch im 1. Halbjahr mit der Stärkung der finanziellen Basis des Verbandes befassen.

Berliner Unternehmerstammtisch am 11. April 2017

Die Kammermitgliedschaft hat in unseren Stammtischen oder sonstigen Versammlungen schon oft eine Rolle gespielt, meist waren diese Diskussionen mit heftigen Emotionen verbunden. Diesmal ging es um die bevorstehende Wahl zur IHK im Mai.

Unser Gast war Christoph Huebner, Mitinitiator der „mitmachIHK". Diese Initiative hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Berliner IHK auf Trab zu bringen mit ganz konkreten Aspekten wie mehr Transparenz, Demokratie und Kostenbewusstsein. Er hatte noch Fabio Reinhardt mitgebracht, bis zum Herbst für die Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus, der sich nun sachkundig dem Thema einer Umgestaltung der Kammern widmet.

Neben dem bekannten Problem der Zwangsmitgliedschaft wurden diesmal viele Details zur aktuellen Praxis der Mittelverwendung und der inneren Organisation der IHK diskutiert.

Herr Huebner ist bereits seit der vergangenen Wahl Mitglied der IHK Vollversammlung in Berlin. Schon damals mit der Absicht angetreten, auf notwendige Veränderungen hinzuwirken, konnte er als Insider sowohl auf kleine Fortschritte verweisen als auch gravierende Mängel aufzeigen. So war die Zahl von 14 Millionen Überschüssen für das letzte Geschäftsjahr – bei einem Etat von 40 Millionen - für die Runde ein ziemlicher Aufreger. Dass da niemand aus dem Apparat der IHK auf die Idee kommt, dieses Geld den Mitgliedern zu erstatten oder wenigstens kurzfristig die Beiträge zu senken verwundert schon.

Die IHK ist bekanntlich lange in einer Sinnkrise, da war sich das leider kleine Auditorium einig. Immerhin gibt es ja viel Bewegung, das allgemeine grollen über die Zustände ist wie das Hamburger Beispiel zeigt, in erste konkrete Taten umgeschlagen. Für alle, die mit Hamburg nichts anzufangen wissen, sei hier nochmal erwähnt, dass den Kammerrebellen dort die Revolution bereits gelungen ist – Sie konnten bei der Wahl im Februar 55 von 58 Sitzen erringen. Ein solcher Erdrutsch ist in Berlin nicht zu erwarten. Es liegt daran, dass die hiesigen Macher die Zeichen der Zeit langsam erkennen und einige kleine Veränderungen, zum Beispiel bei den Rechten von kooptierten Mitgliedern der Vollversammlung (da geht es um Anzahl und Stimmberechtigung) demokratischen Gepflogenheiten mehr Rechnung tragen. Zum anderen ist die Opposition hier noch nicht so stark wie in der Hansestadt. Aber alles ist zu verändern. Jeder sollte sein Wahlrecht in Anspruch nehmen und bekannte Unternehmer dazu animieren. Unter den Link http://mitmachihk.berlin/ findet man die notwendigen Informationen.

Wir waren uns an diesem interessanten Abend einig, dass es nicht zuallererst ums Geld geht, sondern was diese Körperschaft für ihre Mitglieder, in Berlin 280.000, wirklich macht. Also wählen auf alle Fälle, wer mehr Engagement einbringen möchte, kann sich bei den

Organisatoren melden. Übereinstimmung gab es ebenfalls, das die Kontakte zwischen OWUS und der mitmachIHK intensiv über die Wahl hinaus entwickelt werden sollen.

Dass wir uns nicht nur die Köpfe heiß redeten um die IHK, sondern auch noch Zeit war, sich zu der immer noch prekären Situation der Flüchtlinge in unserer Stadt zu verständigen, spricht für die Teilnehmer. Da könnte IHK und Geld eventuell klug eingesetzt werden.

Uwe Zimmermann

Nachtrag: In einem Beitrag des Magazins plusminus berichtete das ZDF am 19. April über die Wahlen zur Handelskammer Hamburg, bei denen vor einigen Wochen die so genannten „Kammerrebellen“ eine überwältigende Mehrheit erreichten.

http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/handelskammer-hamburg-berlin-100.html

Durch eine hohe Wahlbeteiligung (2012 immerhin ca. 6%!) und das Kreuz an der richtigen Stelle müsste doch da etwas zu machen sein. Hamburg lässt grüßen.

Strukturwandel in der Lausitz

Um die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz geht es in einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/12012). Die Abgeordneten wollen erfahren, welchen Beitrag die Bundesregierung für eine regional- und industriepolitische Strategie leisten kann, die den Strukturwandel aktiv gestaltet und die Unternehmen und ihre Mitarbeiter bei der Anpassung an neue regionale Strukturen unterstützt. Weitere Fragen betreffen die Beteiligung von Kommunen und Bürgern sowie die Kosten für eine regional- und industriepolitische Strategie.

Aus Mitgliedsunternehmen des Landesverbandes

Vom 23. – 29. April fand in Ostbrandenburg die von den Oder-Gruppen des **SODI Solidaritätsdienst International e.V.** organisierte **Tschernobyl-Woche 2017** unter dem Motto „Erinnerung für die Zukunft – von Tschernobyl bis zur Energiewende“ statt. Bei Veranstaltungen in Templin, Angermünde, Bad Freienwalde, Beeskow, Eisenhüttenstadt, Frankfurt/Oder, Fürstenwalde/Spree sowie Glienicke bestand die Möglichkeit, mit Vertretern des von SODI aus Spendengeldern unterstützten Institutes für Strahlensicherheit BELRAD in Minsk (Belarus) ins Gespräch zu kommen. Nähere Informationen dazu

http://www.sodi.de/projekte/belarus/belarus_tschernobyl_kinder_nicht_vergessen/

http://www.uckermark-tv.de/mediathek/14460/Warten_auf_den_naechsten_Gau.html

Erasmus+ für Erwachsenenbildung ist ein Thema, mit dem sich **LernSINN erlebbar e.V.** befasst. Zu den mit Mitteln aus dem Erasmus-Programm der EU-Kommission geförderten Maßnahmen (Leitaktionen) gehört u.a. „Zusammenarbeit zur Förderung von Innovation und zum Austausch von bewährten Verfahren". Projektbeginn wird angestrebt für 2017/2018 mit einer Laufzeit von 12 bis 36 Monaten. Im Rahmen dieses Projektes werden Workshops zu unterschiedlichen Themen (Führung, Finanzen, nachhaltige Entwicklung, Gemeinwohl-Ökonomie usw.) organisiert und internationale Netzwerke sollen aufgebaut werden. Die Finanzierung dieser Veranstaltungen (einschließlich Reise- und Aufenthaltskosten) erfolgt zu 90% aus EU-Mitteln. LernSINN e.V. ist Partner dieses Programms und organisiert entsprechende Maßnahmen. Welche konkreten Möglichkeiten für Mitgliedsunternehmen von OWUS bestehen, an diesen Programm teilzunehmen, wird zwischen dem Vorstand und LernSINN noch abgestimmt.

Für Personalverantwortliche besonders interessant ist das vom LernSINN e.V. entwickelte Programm unter dem Titel „**Gemeinwohl in der Karriere**". „*Selbstverwirklichung und sinnvolles Tun im Arbeitsleben sind Grundbedürfnisse und Menschenrechte. Es ist an der Zeit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Gemeinwohl in der Karriere bringt Sinnsuchende mit sozial, ökologisch und gesellschaftlich nachhaltigen Arbeitgeber*innen zusammen.*" heißt es auf der Homepage https://www.startnext.com/gemeinwohlinderkarriere . Zurzeit läuft über Startnext eine Crowdfounding-Kampagne, um die dafür notwendigen Mittel (5.000 Euro) zu akquirieren.

Trauermitteilung

Am 10. April ist Joachim Mertens, Inhaber und Geschäftsführer von OPTOTEC Optotechnischer Gerätebau Rathenow und langjähriges Mitglied von OWUS verstorben. Im Juni wäre Joachim 66 Jahre alt geworden. Er gehörte mit zu den Initiatoren unseres Unternehmerverbandes im Land Brandenburg. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand hat gegenüber der Geschäftsführung von OPTOTEC unsere Anteilnahme übermittelt.

„Die Arbeit, die tüchtige, intensive Arbeit, die einen ganz in Anspruch nimmt mit Hirn und Nerven, ist doch der größte Genuss im Leben."
Rosa Luxemburg

Wir trauern um

Joachim Mertens

Mit Joachim Mertens verlieren wir unseren langjährigen Freund, engagierten Weggefährten und eine herausragende Persönlichkeit. Mit Tatkraft, Fachkompetenz und seinen nie versiegenden Ideen hat er sich in ganz besonderer Weise für den Optikstandort Rathenow und den Erhalt der optischen Traditionen in unserer Stadt eingesetzt.

Wir werden Joachim Mertens
ein ehrendes Andenken bewahren.

Kulturzentrum Rathenow GmbH
und
Verein zur Förderung, Pflege und Erhaltung der optischen Traditionen in Rathenow e.V.

Rathenow im April 2017

OWUS Mecklenburg-Vorpommern

Am 11. April trafen sich in Schwerin UnternehmerInnen und andere Interessierte und gründeten den OWUS Landesverband MV! Eine Satzung und eine Finanzordnung wurden von den 14 Gründungsmitgliedern einstimmig verabschiedet und ein dreiköpfiger Vorstand gewählt. Inzwischen hat sich der Vorstand konstituiert und aus seinen Reihen Robert Kröger, Rechtsanwalt in Rostock, zum Vorsitzenden wählen. Mit weiteren Beitrittserklärungen wird kurzfristig gerechnet. Bis der LV über eine eigene Mailadresse erreichbar ist, können sich Interessenten unter kontakt@owus.de melden.

Glückwunsch nach Mecklenburg-Vorpommern und Dank an alle Initiatoren, vor allem an Dr. Joachim Wegrad. Damit bestehen in allen fünf neuen Bundesländern Landesverbände von OWUS. In den nächsten Monaten muss nun ein erneuter Anlauf gestartet werden, um auch in den alten Bundesländern eine OWUS-Präsenz aufzubauen.

OWUS Thüringen

Gemeinsam mit der Landtagsfraktion DIE LINKE organisiert der Landesverband am 12. Juni in Erfurt ein Fachgespräch zum Thema **Gemeinwohlökonomie - Baustein des sozial-ökologischen Wandels oder grüner Kapitalismus?“** (siehe auch unter Veranstaltungen).

In der Einladung heißt es u.a. „*Vertreter*innen der Gemeinwohlökonomie versuchen die inhärenten Widersprüche des Kapitalismus zu mildern und unser Wirtschaften an Prinzipien wie Menschenwürde, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Mitbestimmung auszurichten. Ausgehend vom zunehmend kritischen Blick zumindest eines Teils der Konsument*innen sollen Unternehmen mittels einer Gemeinwohl-Bilanz belegen, dass unternehmerischer Erfolg nicht nur durch die Kriterien des freien Marktes bestimmt werden muss. …*

Gleichzeitig gibt es auch Kritik an der Idee der Gemeinwohlökonomie: Kriterien wie Solidarität oder Menschenwürde seien nicht mess- und verifizierbar, …. Und am Ende bleibe auch ein nachhaltigeres Wirtschaften im derzeitigen System nur ein grün angestrichener Kapitalismus, der weiter auf denselben zerstörerischen Grundprinzipien basiere.“

Als Befürworter wird Dr. Rolf Sukowski, zertifizierter Solo-Selbständiger aus Berlin, sprechen, als Kritiker Martin Arnold-Schaarschmidt vom Plattform e.V. aus Erfurt.

http://www.die-linke-thl.de/nc/termine/aktuell/?tx_cal_controller%5Bview%5D=event&tx_cal_controller%5Btype%5D=tx_cal_phpicalendar&tx_cal_controller%5Buid%5D=23837&tx_cal_controller%5Byear%5D=2017&tx_cal_controller%5Bmonth%5D=06&tx_cal_controller%5Bday%5D=12&cHash=54ac4515bf9975d7f78d633900716221

Gemeinwohl-Ökonomie und alternatives Wirtschaften

Neu bei **„OXI Wirtschaft für Gesellschaft“:** Seit kurzem werden auf dem OXI-Blog Schwerpunktthemen in Dossiers zusammengefasst: »Anders Wirtschaften« beschäftigt sich mit ökonomischen Alternativen und stellt Kollektiven, Start-ups, Genossenschaften und auch etablierte Unternehmen vor, die neue Wege gehen.

Gesetz zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften

Ein entsprechender Regierungsentwurf liegt dem Bundestag vor. Die Prüfungsanforderungen für kleine Genossenschaften sollen erleichtert werden. Für ganz kleine Initiativen soll der rechtsfähige wirtschaftliche Verein geöffnet werden.

https://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/unternehmensrecht/aktuelles/news-details-unternehmensrecht/artikel/genossenschaft-und-wirtschaftlicher-verein-fuer-dorflaeden-kitas-altersgerechtes-wohnen-und-energievorhaben-21801.html

Neue Berichtspflichten für Unternehmen

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vorgelegt. Dabei geht es u.a. um sogenannte nichtfinanzielle Informationen zu Themen wie die Achtung der Menschenrechte, Umweltbelange oder soziale Belange würden einen immer wichtigeren Bereich der Unternehmenskommunikation bilden

https://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/neue-berichtspflichten-fuer-unternehmen-21680.html

Wirtschaftsinformationen

Anti-Geldwäschegesetz umstritten – Aufruf für ein echtes Transparenzregister

Am 24. April fand im Finanzausschuss die Anhörung u.a. zum Gesetzentwurf zur Umsetzung der vierten EU-Geldwäscherichtlinie statt. Siehe

https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwNDAwMg==&mod=mod454590

Dazu erreichte uns eine Information aus dem **Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland** „*Mit dem sogenannten Transparenzregister geht es um eine der zentralen, transformativen Politikreformen, für die wir als Tax Justice Network gemeinsam mit vielen Organisationen aus der Zivilgesellschaft seit langem streiten, und die für die Steuergerechtigkeit zentral ist: http://steuergerechtigkeit.blogspot.de/2017/04/stellungnahme-fur-die-anhorung-im.html*

… Weil der Hauptwiderstand gegen ein wirksames und öffentliches Transparenzregister aus der Unternehmerlobby zu kommen schien, habe ich mich kurzerhand entschieden, einen Aufruf unter Unternehmern zu starten, um eine Gegen-Unternehmerlobby zu bilden.“ Dieser Aufruf kann unterzeichnet werden unter

http://steuergerechtigkeit.blogspot.de/2017/04/aufruf-unternehmen-fur-ein-echtes.html

Neue Definition „Arbeitnehmer“ in Kraft getreten

Zum 1. April ist die neue Definition des § 611a BGB in Kraft getreten. Für die Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft ist eine Gesamtbetrachtung aller Umstände vorzunehmen. Zeigt die tatsächliche Durchführung des Vertragsverhältnisses, dass es sich um ein Arbeitsverhältnis handelt, kommt es auf die Bezeichnung im Vertrag nicht an.

https://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/compliance-sicherheit/aktuelles/news-details-compliance/artikel/kein-aprilscherz-ab-142017-wissen-wir-wer-arbeitnehmer-ist-21791.html

und https://dejure.org/gesetze/BGB/611a.html

Einheitliches Rentenrecht in Ost und West und höhere Erwerbsminderungsrenten geplant

Ab 2025 soll bundesweit ein einheitliches Rentenrecht gelten. Dazu hat die Bundesregierung Mitte April einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Angleichung des bisher unterschiedlichen Rentenrechts in Ost und West in sieben Schritten vorsieht. In einem ersten Schritt soll der aktuelle Rentenwert (Ost) zum 1. Juli 2018 auf 95,8 Prozent des Westwertes angehoben werden. In weiteren Schritten soll der Verhältniswert zwischen aktuellem Rentenwert (Ost) und dem Westwert jedes Jahr um 0,7 Prozentpunkte angehoben werden, bis der aktuelle Rentenwert (Ost) zum 1. Juli 2024 die Höhe des Westwertes erreicht hat. Ab diesem Zeitpunkt soll dann im gesamten Bundesgebiet nur noch ein einheitlicher Rentenwert gelten. Die Hochwertung der ostdeutschen Einkommen für die Rentenberechnung soll ab Januar 2025 vollständig entfallen.

https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwMzMxNA==&mod=mod454590

Die Bundesregierung plant verbesserte Leistungen für Bezieher einer Erwerbsminderungsrente. Das ist das Ziel eines nun vorgelegten Gesetzentwurfes. Dieser sieht konkret vor, dass die sogenannte Zurechnungszeit für Rentenzugänge schrittweise auf das vollendete 65. Lebensjahr verlängert wird. Wer aus gesundheitlichen Gründen nur noch

teilweise oder gar nicht mehr arbeiten kann, wird bei der Höhe der Erwerbsminderungsrente künftig so gestellt, als hätte er bis zum Alter von 65 Jahren (bisher 62 Jahre) mit dem bis zur Erwerbsminderung erzielten durchschnittlichen Einkommen weitergearbeitet. Die schrittweise Erhöhung gilt für Rentenneuzugänge ab 2018 und soll 2024 abgeschlossen sein.

Quelle: hib - Heute im Bundestag Nr. 247 vom 20. April 2017

https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWIvMjAxN18wNC8tLzUwMzMxNg==&mod=mod454590

Veranstaltungen

12. – 13. Mai 2017	**Konferenz für gemeinwohlorientierte Unternehmen** in Hann. Münden
20. - 21. Mai 2017	nd-live – Pressefest des „neuen deutschland“ mit OWUS und mehreren Mitgliedsunternehmen
12. Juni 2017	Fachgespräch „**Gemeinwohlökonomie - Baustein des sozial-ökologischen Wandels oder grüner Kapitalismus?“** der Landtagsfraktion sowie OWUS Thüringen, im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1 in 99096 Erfurt http://www.die-linke-thl.de/termine/aktuell/

Links

OWUS auf facebook ***www.facebook.com/owus.dachverband***

https://oxiblog.de

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL),

http://unternehmenhandeln.de/ (ehemals KMU gegen TTIP)

http://mitmachihk.berlin/#ziele für eine starke Opposition in der IHK Berlin

Unsere Geburtstagskinder für den Mai 2017

Eike Weichert	01.05.
Schlangen, Dietmar	01.05.
Kai Boeddinghaus	09.05.
Förster, Daniel	19.05.
Frieß, Gisela	20.05.
Klaus Apel	25.04.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euch allen einen schönen 1. Mai!

Euer OWUS Vorstand

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender heinrich-berlin@kabelmail.de .